

SPD unterstützt Herbstaktionen der Gewerkschaften

Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit durchsetzen



Überall engagieren sich in diesem Herbst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für gute und menschenwürdige Arbeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft bundesweit zu Herbstaktionen auf, an denen sich auch die SPD beteiligt. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert weiterhin dringend notwendige gesetzliche Reformen für faire Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und für Löhne, von denen man auch leben kann.

Aufschwung für alle!

Die Zocker auf den Finanzmärkten haben die Weltwirtschaft in die schwerste Krise der Nachkriegszeit getrieben. Sozialdemokratische Konzepte, wie die Konjunkturpakete und bessere Bedingungen für Kurzarbeit, haben geholfen, die Folgen der Krise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt abzufedern. In der jetzigen wirtschaftlichen Erholung müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil bekommen. Deutliche Lohnerhöhungen sind nicht nur gerecht, sie stärken auch die Binnennachfrage und stabilisieren den Aufschwung.

Leiharbeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Leiharbeit wird als Instrument für Tariffucht und Lohndumping missbraucht. Stammbelegschaften werden zunehmend durch Leiharbeiter zu schlechteren Arbeitsbedingungen ersetzt. Derzeit wird jede dritte offene Stelle in Deutschland mit Leiharbeitern besetzt. Der jüngste Tarifabschluss in der Stahlindustrie ist wegweisend. Die IG Metall hat durchgesetzt, dass Leiharbeit genauso bezahlt werden muss wie die Arbeit von Festangestellten. Wir brauchen nun auch endlich eine gesetzliche Lösung. Die SPD fordert einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche, die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und mehr Mitbestimmungsrechte in Bezug auf Umfang und Dauer der Leiharbeit im Betrieb.

Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!

Über fünf Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für weniger als acht Euro pro Stunde. Mindestens 1,2 Millionen arbeiten für weniger als fünf Euro. Und rund 1,3 Millionen müssen trotz Arbeit staatliche Unterstützung erhalten, weil ihre Löhne zu niedrig sind, um wenigstens das gesetzliche Existenzminimum abzusichern. Um diese Missstände endlich zu beseitigen, fordert die SPD einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Mindestlöhne führen auch zu Regelsätzen beim Arbeitslosengeld II, die dem Bedarf gerecht werden.

Alles über die Herbstaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Internet:

www.dgb.de/herbstaktion